Ausgabe für Berlin und Umgegend.
Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Jeden Montag „Zeitgeist", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag u. Sonntag illustr. Halbwochenschrift „Der Welt-Spiegel", jeden Freitag das illustr. Wipblatt „U.K.", jeden Sonnabend „Haus Hof Garten"; täglich „Zentralmarkt für den Grundstücks-, Hypotheken- u. Geldverkehr". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzb. d. b. Exped. d. Bl. möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 6.70 M. exkl. Zustellungsgebühr, Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatlich 2.10 M., vierteljährlich 6.30 M. frei ins Haus. Direkt unter Kreuzband monatlich für Ausland 2.50 M., für Inland 5.20 M. In Berlin abonniert man bei der Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46-49, Fernspr. Amt Zentrum, Nr. 10131-10142, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 90 Pf. („General-Anzeiger" 60 Pf., „Wohnungs-Anzeiger" 50 Pf.). Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Str. 46-49 und deren Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz (Cranienstr. 60); Kaiserdamm 8; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankfurter Str. 31; Frankfurter Allee 61/62; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Prenzlauer Allee 34; Fennstr. 1; Badstr. 55; Charlottenburg: Lauenzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee: Kurfürstendamm 232; Grunewald: Hermannplatz; Lichtenberg: Frankfurterchaussee 130; Lichterfelde-West: Karlstr. 12; Neukölln: Berliner Str. 41; Pankow: Borkholmer Str. 1; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 90; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 98/99; in der Provinz: Brandenburg a. H.: Steinstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 6; Potsdam: Brandenburger Str. 33; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 114
43. Jahrgang

Mittwoch
4. März 1914

Der deutsch-tschechische Ausgleich.

Von [Nachdruck verboten.]

Reichstagsabgeordneten **E. V. Zenker-Wien.**

Die böhmische Frage steht wieder einmal im Mittelpunkte des österreichischen Staatsproblems. Eine mißlungene Intrige der tschechischen Agrarier brachte die leidige Frage wieder ins Rollen. Diese Partei, die schon seit langem lüstern auf das von ihr einst besessene Portefeuille des Ackerbauministers blickt, hatte die letzten Verhandlungsstadien des Finanzplanes im Einvernehmen mit Kreisen des Herrenhauses benützen wollen, um den Grafen Stürgkh zu stürzen und einen der Ihren in die neue Kombination zu bringen. Nach außen hin las man die Sache natürlich anders. Man sagte, es solle ein parlamentarisches Kabinett geschaffen werden, das den Ausgleich durchführen und so dem verfassungswidrigen Zustand in Böhmen ein Ende bereiten sollte. Der Plan der vereinigten Klerikalen und tschechischen Agrarier scheiterte aber, Graf Stürgkh erwies sich als stärker denn die verflossenen Exzellenzen Beck, Wittek und Praschek, und die tschechischen Agrarier versuchten nun ihre müßig unternommene Obstruktion durch das gefährlichste, aber trotzdem leider am leichtfertigsten angewendete Mittel zu rechtfertigen, durch die große nationale Geste. Sie verkündeten die auf das Budgetprovisorium ausgedehnte Obstruktion nur dann aufzugeben, wenn der Ministerpräsident sich verpflichte, den böhmischen Landtag zu einer bestimmten Frist wieder einzuberufen. Auf diese Bedingung erklärte die Regierung, nicht eingehen zu können, weil sie eben die Unterbindung der Landesautonomie als Compelle für den Abschluß des Ausgleiches verwenden will. Um dieselbe Zeit hatte die Regierung, vielleicht um den Tschechen einen Rückzug in Ehren zu ermöglichen, unverbindliche Ausgleichsvorlagen den Mitgliedern der ehemaligen Ausgleichskommission unterbreitet. Diese Vorlagen befriedigten die Deutschen so wenig, daß sie mit Schwierigkeiten bei der Budgetabstimmung drohten. Und da nun die Regierung von tschechischer wie von deutscher Seite gleich bedroht war, kam es zur Vertagung des Abgeordnetenhauses und zur Anwendung des § 14 auf das Budgetprovisorium. Es hatte sich wieder einmal gezeigt, daß man in Oesterreich mit dem nationalen Feuer nicht spielen dürfe, weil man nie wissen kann, wie rasch der Brand um sich greifen und was er alles erfassen kann. Tatsächlich war jetzt die böhmische Ausgleichsfrage aufgerollt, ehe eigentlich irgendeiner der unmittelbar beteiligten Teile es gewollt hatte. Für die Regierung blieb nun nichts anderes mehr übrig, als den Ausgleich ernsthaft weiter zu betreiben. Man darf es dem Grafen Stürgkh glauben, daß ihm wenigstens diesmal die Anwendung des § 14 recht gegen den Strich ging. Die Regierung steht vor einer Reihe von Aufgaben, die sie natürlich lieber mit dem Parlament als absolutistisch erledigen möchte, die neue Wehrvorlage und das Anleihegesetz. Beide Vorlagen drängen außerdem, erstere, weil man die Assentierungen schon nach den neuen Bestimmungen vornehmen möchte, letztere, weil man sich die günstige Lage des Geldmarktes nicht entgehen lassen will. Der Ministerpräsident, der noch von seinem Erfolg in Galizien berauscht ist, hoffte in der Parlamentspause die Ausgleichsverhandlungen so weit fördern zu können, daß die von ihnen ausströmende Friedensstimmung auch beschleunigend auf die für anfangs März geplante Session des Reichsrates wirken werde. Darin hat er sich aber getäuscht.

Die Ausgleichsverhandlungen standen von allem Anfang an unter dem Einfluß der gereizten Stimmung, unter welcher das Haus vertagt worden war. Von den frohen Hoffnungen, mit denen man in den Jahren 1909 und 1910 in die Ausgleichsverhandlungen eingetreten war, war jetzt nichts zu spüren. Der mangelnde Ausgleichswille zeigte sich schon in der Diskussion über die Reihenfolge, in welcher die einzelnen Gegenstände verhandelt werden sollten. Die Deutschen verlangten, daß vor allem anderen die Frage der nationalen Abgrenzung der Verwaltungsbezirke erledigt, und daß die Frage der Aemtersprache erst dann besprochen werden sollte, wenn die Abgrenzungsfrage im Sinne der Deutschen erledigt wäre. Die Tschechen dagegen erklärten von der Abgrenzung nichts wissen zu wollen und verlangten, daß an die Spitze der Tagesordnung just das gestellt werde, was die Deutschen verhorrezierten, die Regelung der Amtssprache. Diese schroffe Hinaustellung der Gegensätze ließ von allem Anfang nichts Gutes ahnen. Sie verriet allzu sehr, wie wenig Geneigtheit zu ernsten Verhandlungen auf beiden Seiten bestand. Man würde aber doch fehlgehen, in diesem Tagesordnungsstreit weiter nichts als ein taktisches Manöver erblicken zu wollen. In der Tat kommt in dieser Formalität die Hauptschwierigkeit der nationalen Frage zum Ausdruck. Wir Deutschen führen den Kampf in Böhmen defensiv und suchen unser Heil in der nationalen Autonomie auf Grund der territorialen Abgrenzung. Die Tschechen treiben expansive Politik und deren kräftigstes Vehikel ist die sogenannte sprachliche Gleichberechtigung in allen Aemtern des Landes. Die Deutschen bekämpfen die Zweisprachigkeit der Aemter, weil sie in ihr eines der kräftigsten Mittel der Tschechisierung erblicken, und alle Maßregeln welche die Regierungen seit Stremayer zur schrittweisen Verwirklichung der Zweisprachigkeit im Verordnungswege oder via facti getroffen, werden von den Deutschen nicht als rechtlich anerkannt. Immerhin kann sich kein vernünftiger Deutscher Zweifeln darüber hingeben, daß die heutige zweisprachige Praxis niemals wieder ganz verschwinden werde. Sie wollen aber die Regelung der Aemtersprache, insbesondere aber die Zulassung des Tschechischen als innere Amtssprache im rein tschechischen Gebiet nur als Gegenwert für die Sicherung der nationalen Autonomie und die Abgrenzung des deutschen Sprachgebietes zugeben. Die Tschechen hinwieder erklären die nationale Abgrenzung für Landeszerreißung, der sie nie zustimmen könnten; vor wenigen Tagen hat aber ihr Führer Kramarsch doch öffentlich zugeben müssen, daß die nationale Abgrenzung erst als Frucht der erfolgten Regelung der Sprachenfrage gewährt werden könne.

So sieht man, wie diese fundamentalen Gegensätze, so unversöhnlich sie sich auch in der von beiden Völkern jetzt beliebten Formulierung angähnen, doch eine Ueberbrückung zulassen — wenn der Wille da ist, diese Brücke zu schlagen. Die Wahrheit ist die, daß in Böhmen nur Ruhe eintreten kann, wenn auf der einen Seite die nationale Autonomie auf Grund der territorialen Abgrenzung durchgeführt, auf der anderen Seite aber die Aemtersprachenfrage in einer auch für die Tschechen annehmbaren Weise gelöst wird. Das sehen auch alle Vernünftigen unter den böhmischen Politikern sehr wohl ein, ja man kennt auch ganz genau die mittlere Linie, die zu gehen wäre, aber es hat keiner den Mut, die Verantwortung für das Unvermeidliche auf sich zu nehmen. In früheren Ausgleichsverhandlungen einigte man sich über eine ganze Reihe von Fragen, die sehr wichtig sind, aber doch erst dann in Betracht kommen, wenn die Kernfrage gelöst ist; dieser selbst gab man ängstlich aus dem Wege. So kam es, daß die Ausgleichskonferenzen immer sehr aussichtsvoll verliefen, bis sie plötzlich an irgendeiner Aeußerlichkeit auseinandergingen. Heute kann man das alte Spiel nicht wieder dort beginnen, wo man es 1909 oder 1910 getrieben hat, man kann nicht über die Landesordnung, die Landtagswahlreform und dergleichen, die man ja durchberaten hat, aufs neue verhandeln. Heute muß man an die Kernfragen heran, und es ist begreiflich, wenn auch nicht zu rechtfertigen, daß beide Streitteile am liebsten von dieser Partei ganz fernbleiben und deren Odium der Regierung überlassen möchten. Die Regierung ihrerseits hat gar keine Lust, die von den Parteien bescheiden abgelehnte Verantwortung auf sich zu laden, und man kann ihr vom Standpunkte der Verfassungsmäßigkeit hierin nur Recht geben. Aber gewiß hat Graf Stürgkh mit seinen Vorlagen, die einseitig die Wünsche der Tschechen berücksichtigen, die Ausgleichslust nicht gefördert. Die deutsche Fortschrittspartei hat bereits ihren Austritt aus der Ausgleichskommission vollzogen und die übrigen deutschen Parteien dürften nachfolgen.

Damit sind also eigentlich die Ausgleichsverhandlungen vorläufig zerschellt. Natürlich werden die verschiedensten und weitestgehenden Schlußfolgerungen aus diesem Umstande gezogen: Kabinettskrise, Auflösung des Reichsrates, dauernde Lahmlegung des Verfassungslebens in Oesterreich — das sind die gelindesten Dinge, die uns angeblich bevorstehen. In der Tat ist das Scheitern des ersten Friedensversuches ein recht böses Vorzeichen für die in wenigen Tagen beginnende Reichsratssession. Aber man wird gut tun, den Pessimismus nicht zu übertreiben. Es ist nur zu natürlich, daß die Ausgleichsverhandlungen, je mehr sie sich der entscheidenden Materie nähern, auch desto schwieriger sich gestalten, und daß gerade jetzt den radikalnationalen Parteien ihre Demagogie wie ein Hemmschuh anhängt. Aber die augenblickliche Absage der Deutschen kann doch nur eine Episode sein, denn zum Schluß haben wir Deutsche am allerwenigsten Grund, das Schiedsrichtertum des Absolutismus aufzurufen; so oft bisher die österreichischen Regierungen in die Regelung der nationalen Frage eigenmächtig eingegriffen haben, geschah es immer und ausnahmslos zu ungunsten der Deutschen. Und die gegenwärtige Regierung hat ja schon durch ihre Vorlagen bewiesen, daß sie, wenn sie oktroyieren wollte, dies gewiß nicht im Interesse der Deutschen täte. Die Tschechen hinwiederum brauchen den Ausgleich, weil sie wirtschaftlich die Schwächeren sind, und die dauernde Lahmlegung der Landesautonomie nicht nur aus prinzipiellen, sondern auch aus kulturellen Rücksichten schwerer empfinden als die Deutschen. Die Regierung endlich braucht das Parlament und zwar rasch. Mit Neuwahlen ist ihr nicht gedient, weil sie die Rekrutenaushebung und die Anleiheermächtigung nicht auf den Herbst verschieben kann und das Odium eines Verfassungsbruches in so ernsten Fragen denn doch kaum auf sich laden dürfte. Es sind daher alle beteiligten Faktoren an der Lösung eines Streites interessiert, der Oesterreich nicht nur zur inneren Unfruchtbarkeit verurteilt, sondern auch verhindert, in der europäischen Politik jene Rolle zu spielen, die ihm von der Natur zugewiesen ist. Man unterschätzt ja in Oesterreich gern die Bedeutung dieser Fragen. Aber schließlich macht sich ein lange vernachlässigtes Leiden immer aufdringlicher fühlbar und schreit so vernehmlich nach Behandlung, daß nur noch die eine Wahl übrig bleibt: radikale Heilung oder Katastrophe. Auf diese wird man es nicht ankommen lassen, und so hoffen wir denn, daß der böhmische Ausgleich trotz der scheinbar ungünstigen Aspekte doch seiner Erfüllung entgegengeht, und daß damit uns Deutschen in Oesterreich nach langen Jahren schweren nationalen Kampfes endlich Ruhe und Friede werde.

Explosion einer Dynamitfabrik bei Paris.

Zahlreiche Arbeiter getötet.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 3. März.

Eine furchtbare Explosion ereignete sich heute in den Abendstunden im Fort Vendres. In der dortigen Dynamitfabrik explodierte der Apparat, der zur Herstellung von Nitroglyzerin dient. Die Explosion richtete gräßliche Verwüstungen an. Zwei Arbeiter, die in der Nähe des explodierenden Apparates waren, wurden in Stücke zerrissen und ihre einzelnen Glieder weit umhergeschleudert. Die Detonation wurde kilometerweit gehört. Die ganze Fabrik ist zerstört und zahlreiche Arbeiter liegen unter den Trümmern. Es gelang bis zum Abend, vier Tote und zahlreiche Schwerverwundete aus den Trümmern hervorzuziehen.

Die deutsch-russischen Beziehungen.

Französische Kommentare.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Paris, 3. März.

Der „Temps" bespricht heute die deutsch-russischen Beziehungen im Anschluß an die Artikel der „Kölnischen Zeitung" und der „Germania". Er läßt sich dazu aus Berlin ein Stimmungsbild telegraphieren, in dem es unter anderem heißt: „Seit einigen Wochen ist man in Berlin mit der Haltung des Petersburger Kabinetts und der öffentlichen Meinung in Rußland sehr wenig zufrieden. In den Vorzimmern beschwert man sich, und man beschwert sich laut. Man spricht in jenem Tone der beleidigten Unschuld, den Deutschland anschlägt, wenn es England Flottenvermehrung oder Frankreich die dreijährige Dienstzeit vorwerfen will. Den Widerstand, den das Petersburger Kabinett der Ernennung eines deutschen Generals zum Kommandanten von Konstantinopel entgegensetzte, wurde als wenig freundlich angesehen und erzürnte. Man zauderte einen Augenblick, dann aber meldete der Telegraph die Abberufung des deutschen Militärbevollmächtigten, des Grafen Dohna-Schlobitten. Seit diesem kurzen Streit ist ein Gefühl der Erbitterung übriggeblieben, das sich nun in der Presse in einer Kampagne der Vorwürfe und Beschwerden äußert." Auch die nationalistische „Liberté" spricht von auffallenden Vorbereitungen in der deutschen Presse. Sie schreibt: „Die deutschen Zeitungen mobilisieren dieses Jahr etwas zeitig; unmittelbar nach dem Karneval haben diese frühen Manöver begonnen, die übrigens mit mehr Eile als Methode ausgeführt werden. Diesmal richtet sich der Eifer gegen Rußland. Deutschland wendet jetzt auf Rußland genau dieselben Formeln an, mit denen es uns so lange behandelt hat. Jede Etappe in der nationalen Entwicklung unserer französischen Industrie oder auf militärischem Gebiete führt zu einem Ultimatum (!) der deutschen Presse."

Wien, 3. März.

Die „Militärische Rundschau", das Organ des österreichisch-ungarischen Kriegsministeriums, schreibt über die geplanten russischen Probemobilisierungen: „Daß gerade im laufenden Jahre so bedeutende Mittel aufgewendet werden sollen, um durch eine allgemeine Probemobilisierung alle Schwierigkeiten einer solchen kennen zu lernen, braucht die öffentliche Meinung nicht allzu sehr zu erregen. Trotz der immerhin nicht ganz beruhigenden allgemeinen Lage dürfte diese Maßregel der russischen Heeresverwaltung, wenn sie überhaupt durchgeführt werden sollte, in erster Linie dem instruktiven Zweck dienen, was angesichts der Tatsache, daß andere Staaten während der Krisis Gelegenheit hatten, wirklich zu mobilisieren, nicht wundernehmen darf. Die geographische und die günstige finanzielle Lage gestatten der russischen Heeresleitung solche vom militärischen Standpunkt zweifellos sehr wichtigen Uebungen in Zeiten tiefsten Friedens vorzunehmen. Man kann also hoffen, daß dieser Plan des Kriegsministeriums wenigstens momentan jeder weitergehenden Absicht tatsächlich bar ist."

Das russische Spionagenetz in Galizien.

Neue Verhaftungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Wien, 3. März.

Die Lemberger Polizei ist einer Spionenbande auf die Spur gekommen, die sich in den Dienst des russischen Generalstabs gestellt hatte. Es wurden verhaftet die nach Rußland gehörenden Zöglinge des Priesterseminars in Schitomir Gozda und Andreas Rekszynski, ferner der Lemberger Krämer Daniel Swiszdz und zwei Insanteristen. Die Untersuchung ergab, daß Gozda auf Veranlassung des Präfekten des Schitomirer Seminars sich mit dem russischen General und Generalstabschef Prychotkin ins Einvernehmen gesetzt hat und von diesem den Auftrag hatte, sich während seines Ferienaufenthaltes in Galizien mit militärischer und politischer Spionage zu befassen sowie Kundschafter für Rußland anzuwerben. Der Priesterzögling Rekszynski war bemüht, den Krämer Swiszdz, der photographische Aufnahmen von Brücken machte, dahin